

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,  
Lebensqualität  
Kurzprotokoll  
29. Sitzung**

**Berlin, den 11.03.2013, 13:15 Uhr  
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus  
Sitzungssaal: E 700**

**Vorsitz: Daniela Kolbe, MdB**

**- öffentlich-**

**TAGESORDNUNG:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7**

**Tagesordnungspunkt 1 S. 8**

Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 4  
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)95

**Tagesordnungspunkt 2 S. 26**

Beratung und Beschluss über die Drucksache „Ideengeschichte des Fortschritts“  
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)50 neu

**Tagesordnungspunkt 3 S. 30**

Berichte aus den Projektgruppen

**Tagesordnungspunkt 4 S. 31**

Verschiedenes



**Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "**  
 Montag, 11. März 2013, 13:15 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Bilger, Steffen		Göppel, Josef	.....
Heider Dr., Matthias		Klamt, Ewa	.....
Middelberg Dr., Mathias		Klimke, Jürgen	.....
Nüßlein Dr., Georg		Linnemann Dr., Carsten	.....
Vogelsang, Stefanie		Murmann Dr., Philipp	.....
Zimmer Dr., Matthias		Schön (St. Wendel), Nadine	
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Arndt-Brauer, Ingrid		Groß, Michael	.....
Bulmahn, Edelgard		Heil (Peine), Hubertus	.....
Kolbe (Leipzig), Daniela		Kelber, Ulrich	.....
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud		Schaaf, Anton	.....
<b>FDP</b>		<b>FDP</b>	
Bernschneider, Florian		Kauch, Michael	.....
Meierhofer, Horst		Simmling, Werner	
Skudelny, Judith		Vogel (Lüdenscheid), Johannes	.....
<b>DIE LINKE.</b>		<b>DIE LINKE.</b>	
Leidig, Sabine		Birkwald, Matthias W.	.....
Lötzer, Ulla		Bulling-Schröter, Eva	.....


---

**Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "**  
Montag, 11. März 2013, 13:15 Uhr

---

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

<b>Ordentliche Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses</b>	<b>Unterschrift</b>
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Gambke Dr., Thomas	..... 	Walter-Rosenheimer, Beate	.....
Ott Dr., Hermann	.....	Wilms Dr., Valerie	.....

Montag, 11. März 2013, 13:15 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

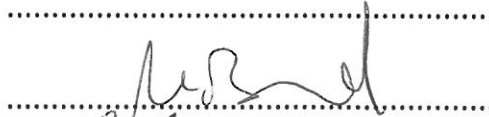
Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver



Bracht van, Georg

.....

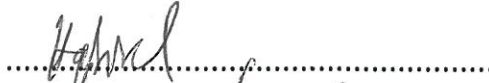
Brand Prof. Dr., Ulrich



Carstensen Prof. Dr., Kai



Habisch Prof. Dr., André



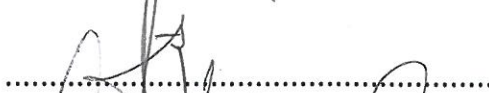
Hassel Prof. Dr., Anke



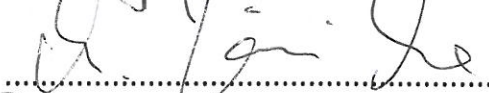
Hexel, Dietmar



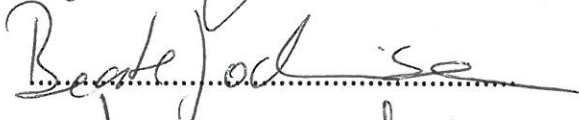
Hölz Prof., Hanns Michael



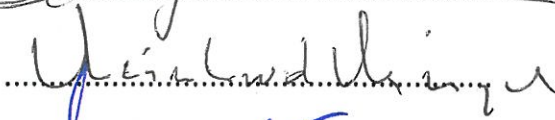
Jänicke Prof. Dr., Martin



Jochimsen Prof. Dr., Beate



Miegel Prof. Dr., Meinhard



Müller, Michael



Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz



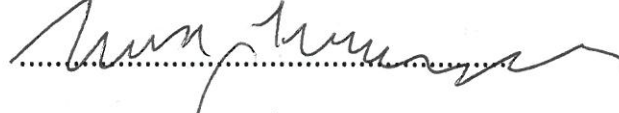
Reuter Dr., Norbert



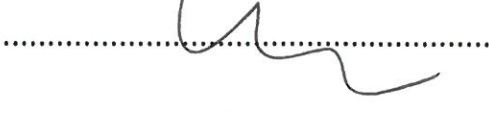
Schmidt Prof. Dr., Christoph



Schneidewind Prof. Dr., Uwe



Wagner Prof. Dr., Gert



Off.

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 11. März 2013, 13:15 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Julia Keller

Linke

JULIA MOSES

FDP

Alexander Mistlin

CDU/CSU

Jana Henning

Linke

Ragna Schwefel

FDP



Beginn der Sitzung: 13.20 Uhr

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) begrüßt die Teilnehmer der heutigen 29. Sitzung der Enquete-Kommission, die wie immer öffentlich sei und auch im Parlamentsfernsehen live übertragen werde.

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) gratuliert der Vorsitzenden Abg. Kolbe nachträglich zum Geburtstag. Dieser Glückwunsch sei umso herzlicher, da relativ gesichert sei, dass es an ihrem nächsten Geburtstag kein Wiedersehen in gleicher Besetzung geben werde.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) bedankt sich und gratuliert ihrerseits den Abg. Edelgard Bulmahn und Ulla Lötzer nachträglich zum Geburtstag. Dann stellt sie fest, dass sich gegen den Vermerk über das Obleutegespräch vom 26. Februar 2013, das an alle Kommissionsmitglieder versandt worden sei, kein Widerspruch erhebe, so dass entsprechend den dort getroffenen Vereinbarungen verfahren werden könne. Sie weist darauf hin, dass am 15. April 2013 die letzte Sitzung der Enquete-Kommission stattfinden werde. Für die Einbringung von Sondervoten oder den Anschluss von Kommissionsmitgliedern an bereits vorgelegte Sondervoten gebe es die Frist 28. März 2013 zur Meldung an das Sekretariat.

### **Tagesordnungspunkt 1**

Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 4

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)95

Kommissionsdrucksache 17(26)96

Kommissionsdrucksache 17(26)97

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) erläutert, dass sich die Projektgruppe 4 mit dem Thema „Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik“ beschäftigt und dabei über viele Bereiche wie insbesondere Finanzmärkte, Finanzpolitik und ordnungspolitische Maßnahmen am Beispiel der chemischen Industrie intensiv diskutiert habe. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten für die guten und spannenden Ergebnisse, auch vor dem Hintergrund, dass für diese Arbeit nur 12 Monate Zeit gewesen sei. Sie begrüßt vor allem die kontroverse Darstellung unterschiedlicher Positionen, so dass der heute auf Kommissionsdrucksache 17(26)95 vorgelegte Bericht der Projektgruppe ohne viele Sondervoten auskomme. Zum Ablauf der Sitzung führt sie aus, dass zunächst die Abg. Frau Bulmahn als Vorsitzende der Projektgruppe eine Einführung geben werde, der sich eine Diskussion der einzelnen Themenblöcke anschließe, in die dann jeweils von einem Vertreter der Koalition und der Opposition eingeführt werde.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) bedankt sich für die Wertschätzung des Berichts, der für viele Bereiche Orientierung gebe hinsichtlich einer Veränderung der Rahmenbedingungen und Weiterentwicklung konkreter Instrumente. Für vier Teilbereiche würden sehr konkrete Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag gerichtet. In den vorhergehenden Berichten der Projektgruppen 1 und 3 seien die neuen Herausforderungen beschrieben worden. Im Bericht der Projektgruppe 4 würden jetzt Vorschläge gemacht, wie angesichts des globalen Klimawandels, des Zusammenbruchs der Finanzmärkte vor einigen Jahren, der großen nationalen und globalen Einkommensunterschiede sowie der wachsenden Weltbevölkerung und zunehmenden Umweltbelastungen politisch gehandelt werden müsse. Dabei habe sich die Projektgruppe nicht nur auf das klassische Ordnungsrecht beschränkt, sondern auch Aussagen zu fiskalischen Instrumenten und gesetzlichen Rahmenbedingungen gemacht. Der Bericht sei in vier Teile gegliedert. Der erste Teil widme sich der Frage, wie eine höhere Stabilität der internationalen Finanzmärkte erreicht werden könne. Über alle Fraktionsgrenzen hinweg sei dazu eine gemeinsame Problemanalyse beschlossen worden. Zu den anschließend wichtigsten gemeinsam erarbeiteten Vorschlägen gehöre die Forderung nach deutlich höheren Eigenkapitalanforderungen für Fi-



nanzinstitute, die auch über die in Basel III geplanten Vorgaben hinausgehen würden. Einen breiten Konsens habe es auch darüber gegeben, dass der Bereich der Schattenbanken reguliert werden müsse, Weiterverbriefungen durch deutlich höhere Selbstbehalte erschwert werden sollten, Regulierungs-oasen geschlossen werden sollten und eine europäische Bankenaufsicht mit echten Durchgriffsrechten nötig sei. Zusätzlich gebe es ein Sondervotum der Opposition bezüglich der Forderungen nach einem Trennbankensystem und der Einführung der Finanztransaktionssteuer. Im zweiten Teil des Berichts sei die Frage behandelt worden, wie eine Finanzpolitik gestaltet sein müsse, die dem Anspruch der Nachhaltigkeit auch tatsächlich gerecht werde. Übereinstimmung gab es dabei über die große Bedeutung eines gesellschaftlichen Konsenses über wichtige gesellschaftliche Aufgaben in öffentlicher Finanzverantwortung wie beispielsweise Bildung oder ein leistungsfähiges Gesundheitswesen. Konsens habe es auch darüber gegeben, dass Deutschland im internationalen Vergleich mit der Staatsquote im Mittelfeld liege. Bei einer Differenzierung zwischen Sozialabgaben und Steuern könne festgestellt werden, dass Deutschland bei den Steuern sogar im unteren Mittelfeld liege, während das bei den Sozialabgaben anders aussehe. Als wichtige Maßnahmen für eine zukunftsfähige Finanzpolitik sei neben der bereits beschlossenen Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre vor allem vorgeschlagen worden, die qualifizierte Zuwanderung und die Frauenerwerbsquote zu erhöhen. Nach Ansicht der Opposition sei für die genannte Heraufsetzung des Rentenalters allerdings Voraussetzung, dass auch wirklich mehr als 50 Prozent der älteren Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien. Unterschiede habe es bei der Bewertung der Staatsquote gegeben. Die Opposition sei hier der Auffassung, dass eine höhere Staatsquote durchaus sachgerecht sei und höhere Steuereinnahmen für wichtige Daseinsvorsorge wie der Sicherung eines hohen Niveaus der Bildung und der Gesundheit genutzt werden sollten. Einen weiteren Unterschied gab es hinsichtlich der Fragen, wie die Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden gestärkt werden könne und was für den Arbeitsmarkt notwendig sei. Der dritte Teil zum nachhaltigen Wirtschaften am Beispiel der Chemieindustrie beschreibe zunächst den großen Stellenwert dieser Branche. Normen und Standards in Deutschland hätten hier in der Vergangenheit einen Anpassungsdruck in Richtung Energie- und Ressourceneffizienz sowie einen Innovationsschub ausgelöst, was maßgeblich zur aktuell starken Wettbewerbsposition dieser Branche beigetragen habe. Gemeinsam werde vorgeschlagen, noch stärker den Wechsel von der Nutzung des kostbaren Rohstoffs Öl hin zu Biomasse mit einer Reihe von Maßnahmen zu unterstützen. Wichtig sei auch, Ver-

packungen möglichst umfassend aus biologisch abbaubaren Materialien herzustellen. Im vierten Teil des Berichts werde zur Klimapolitik herausgestellt, dass die starke Position Deutschlands zum Ausbau der Vorreiterrolle genutzt werden solle. Es sei dabei wichtig, den Ordnungsrahmen für die Minderung von Treibhausgasemissionen aufzuarbeiten und systematisch zu verbessern. Dazu bedürfe es einer Reform des europäischen Emissionshandels, einer Verknüpfung mit den Emissionshandelsregimen anderer Weltregionen, der Förderung erneuerbarer Energien und einer europäischen Harmonisierung der Fördermechanismen. Abschließend bedankt sie sich bei allen Mitwirkenden dafür, dass es bei durchaus unterschiedlichen Auffassungen im Detail gelungen sei, einen nicht nur lesenswerten Bericht vorzulegen, sondern auch dem Auftrag gerecht zu werden, dem Bundestags konkrete Vorschläge zum Bereich Nachhaltigkeit zu machen. Ihr Dank gelte neben den Mitgliedern der Projektgruppe auch Frau Jenny Eschment vom Sekretariat, die immer die schwierige Aufgabe gemeistert habe, die vielen Vorschläge und Diskussionen zusammenzuführen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) merkt an, dass doch in vielen Punkten Konsens herrsche und es viel Einigkeit in der Enquete-Kommission gebe, was manchmal angesichts der Diskussionen um die Kontroversen etwas untergehe. Nach der nun anschließend kapitelweise geführten Diskussion würden die Abstimmungen durchgeführt. Davon ausgenommen sei Kapitel 1, das im vorgelegten Bericht noch nicht enthalten sei. Die Textentwürfe zu Kapitel 1 lägen zwar mittlerweile als Entwurf von SV Prof. Paqué auf Kommissionsdrucksache 17(26)96 und als Entwurf der Oppositionsfraktionen auf Kommissionsdrucksache 17(26)97 vor, doch solle darüber heute lediglich diskutiert und nicht abgestimmt werden.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué erläutert zunächst, dass zum Kapitel 1 zwei Berichtsversionen vorlägen und es dazu keine harten Kontroversen gebe, sondern in vielen Einzelpunkten eine ähnliche Sicht. Da es aber um das Verständnis der Grundsätze nachhaltig gestaltender Ordnungspolitik gehe, sei ein Konsens nicht möglich gewesen. Der von ihm verfasste Berichtsentwurf der Koalition betone, dass die soziale Marktwirtschaft klare Prinzipien habe, die keineswegs über die Jahre ihre Gültigkeit verloren hätten. Sie habe sich auch gegenüber neuen Herausforderungen bewährt, ihre Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt und zu einem beträchtlichen Wohlstand in Deutschland geführt, an dem über die Jahrzehnte große Bevölkerungsschichten Teil gehabt hätten und immer noch haben würden. Damit habe sich die deutsche Wirtschaft einen festen Platz in der weltwirtschaftlichen

Arbeitsteilung erobert. Es habe dabei eine Reihe wesentlicher Reformen gegeben, die auch innerhalb Europas beim Vergleich der Probleme in anderen Ländern als beispielhaft angesehen würden. Die Koalition lege Wert darauf, dass Nachhaltigkeit ein weit gefasster Begriff sei und sich nicht nur auf ökologische Belange konzentriere. In fünf Punkten sei die Nachhaltigkeit in der Zukunft von großer Bedeutung: bei der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft im globalen Wettbewerb, der Verteilung des Wohlstandes in der Gesellschaft, der Ökologie und Sicherung der natürlichen Grundlagen, den Kapitalmarktwerten sowie den Staatsfinanzen, wo es keine Verlagerung von unmäßigen ökonomischen Lasten und unlösbarer politischer Aufgaben auf künftige Generationen geben dürfe. Wichtig sei es, dabei auch die globale und europäische Dimension dieser Herausforderungen zu beachten, da die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen ein irreversibler Trend sei, dem man sich nicht entziehen könne. Der Koalition sei wichtig, diese Herausforderungen in pragmatischer Weise anzupacken und nicht in Form eines Systembruchs oder einer großen Transformation. Dabei müsse der Bürger mündig und souverän in seinen ökonomischen Entscheidungen bleiben und nicht zum Objekt umfassender staatlicher Lenkung zur Erreichung wohlmeinender Ziele werden. Bei den einzelnen Empfehlungen nehme die Bildungspolitik einen breiten Raum ein und beim ökologischen Ordnungsrahmen sei die globale Perspektive von prioritärer Bedeutung.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) führt in den Oppositionsentwurf für Kapitel 1 ein und stellt als großen Unterschied heraus, dass die Opposition nicht der Auffassung sei, dass wir es gegenwärtig mit einigen kleinen Krisen zu tun hätten, die durch minimale Veränderungen des ordnungsrechtlichen Rahmens behoben werden könnten. Stattdessen gebe es grundlegende Veränderungen mit einer rasant wachsenden Weltbevölkerung, einem globalen Klimawandel, der unsere Existenzgrundlage erheblich bedrohe, wachsenden Umweltschädigungen mit entsprechenden Gesundheitsfolgen insbesondere weltweit sowie eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, was sowohl weltweit als auch für Deutschland zuträfe. Deshalb sei eine grundlegende Ausrichtung auf Nachhaltigkeit notwendig, womit natürlich nicht nur ökologische Nachhaltigkeit gemeint sei. Im Kern gehe es um eine Neujustierung der sozialen Marktwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Dies solle nicht durch eine umfassende staatliche Lenkung erfolgen, obwohl einige Punkte wie die Setzung von Grenzwerten natürlich eine staatliche Lenkung seien. Ziel sei vielmehr, dass die Bürgerinnen und Bürger informiert Einfluss nehmen könnten. Dafür sei Transparenz wichtig. Neben den drei

Kriterien Effizienz, Konsistenz und Suffizienz werde darauf eingegangen, dass die Ansatzpunkte Bildung, Forschung, Wissenschaft und Innovation eine wichtige Rolle spielen würden. Allerdings müsse auch der Rechtsrahmen auf Nachhaltigkeit hin orientiert werden. Beispielsweise sollten nach dem Vorbild der Chemieindustrie auch in anderen Bereichen über produkt- und produktionsbezogene Normen und Standards sowie Grenzwerte entsprechende Innovationen befördert werden. Wichtig sei generell eine Internalisierung externer Kosten. Das Steuer- und Abgabensystem sollte so weiterentwickelt werden, dass klare Anreize zum ressourcenschonenden Wirtschaften gesetzt würden und nicht zum Abbau von Arbeitsplätzen. Es werde weiterhin auch auf die Rolle von Markteinführungshilfen für nachhaltige Produkte und die Rolle der öffentlichen Beschaffung eingegangen.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, dass in den ordnungspolitischen Implementierungen in der Projektgruppe gar nicht so große Gegensätze gesehen worden seien und es trotz einzelner Sondervoten viel Übereinstimmung gebe. Bei der Finanzmarkttransaktionssteuer seien die Oppositionsvertreter ganz auf Seiten der Bundesregierung, während die Koalitionsvertreter dies weniger stark unterstützten. Der Frage sei wie bei dieser Steuer aber meist gar nicht, ob eine Maßnahme gewollt sei, sondern was national, was auf europäischer Ebene oder was sogar global gemacht werden sollte. Umso mehr sei er erstaunt und erschrocken über das heute von SV Prof. Paqué vorgelegte Papier, in dem doch ein harter Bruch erkennbar sei. So werde dort beispielsweise erst auf Seite fünf das erste Mal unter Ökologie die Knappheit der Ressourcen angesprochen, womit der eigentliche Ausgangspunkt der Enquete-Kommission lange ignoriert würde. Ausgangspunkt der Enquete-Kommission sei die Frage gewesen, wie die Gesellschaft mit einem nur noch geringen Wachstum organisiert werden könne.

SV Prof. Dr. André Habisch spricht für die Fraktion der CDU/CSU und erläutert seinen Eindruck, dass wie in der Projektgruppe 1 in diesem ersten Kapitel des Berichts der Projektgruppe 4 Konsenspotenziale nicht wirklich ausgeschöpft worden seien. Im Grunde seien die Perspektiven hier eher komplementär. Auf der einen Seite werde im Papier vom Kollegen SV Prof. Paqué vor allem nach den Prinzipien aus der Erfahrung von 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland gefragt, die auch in die heutige Zeit transportiert werden könnten. Auf der anderen Seite würden die Herausforderungen betont, vor denen wir heute stünden. Gerade die von der Koalition berufenen Sachverständigen hätten immer wieder die globalen Dimensionen der ökologischen Entwicklungen und die sich daraus ergebenden Herausfor-

derungen betont. Letztlich gebe es also von den Grundperspektiven her viele Ähnlichkeiten, die aus seiner Sicht nach außen hin noch deutlicher hätten gemacht werden sollen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué geht auf die Ausführungen des Abg. Dr. Gambke ein und weist darauf hin, dass in seinem Text bereits auf Seite zwei bei den Herausforderungen auch die Ökologie genannt werde.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft das zweite Kapitel des Berichts auf, bei dem es um die Regulierung der Finanzmärkte gehe.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen spricht für die Fraktion der CDU/CSU und lobt zunächst die Projektgruppen-Vorsitzende Frau Abg. Bulmahn, die mit ihrem Engagement maßgeblich dazu beigetragen habe, dass ein weitgehender Konsens gefunden worden sei. Es gebe beim Kapitel 2 nur ganz wenige Sondervoten. Im gemeinschaftlich beschlossenen Teil heiße es, das Ziel der Finanzmarktregulierung sei ein funktionstüchtiges, stabiles und krisensicheres Finanzsystem. Dies würde zur gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt beitragen. Finanzstabilität dürfe aber nicht verwechselt werden mit der Stabilität einzelner Finanzinstitute. Eine wichtige Lehre aus der Krise sei, dass Banken scheitern können müssen. Die Krisenanalyse sei zu dem Schluss gekommen, dass es keine monokausalen Erklärungen gebe. Vielmehr hätte das internationale Finanzsystem an vielen Stellen Konstruktionsmängel gehabt, die sowohl krisenauslösend als auch krisenverstärkend gewesen seien. Aufbauend darauf würde eine Reihe von Vorschlägen zur Reform der Finanzmärkte gemacht. Dabei sei von der Projektgruppe zustimmend zur Kenntnis genommen worden, dass es bereits vielfältige Reforminitiativen auf nationaler und europäischer Ebene gebe. Insbesondere müsse sichergestellt werden, dass Eigentum, Entscheidungsgewalt und Haftung besser als bisher in Einklang gebracht würden. Dafür würden von der Projektgruppe vor allem Änderungen bei der Eigenkapitalquote von Finanzinstituten, eine bessere Transparenz an den Finanzmärkten und bei der Vergütung von Bankmanagern sowie eine europäische Bankenaufsicht vorgeschlagen.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich ebenfalls bei Frau Abg. Bulmahn als auch beim SV Prof. Carstensen für deren Einsatz zur Erreichung von Kompromissen. Bei einzelnen Instrumenten müsse danach gefragt werden, ob sie tatsächlich die gewünschte Wirkung haben würden. Er halte es für wichtig, dass ein gewisses Ordnungsprinzip deutlich gemacht werde, wobei es drei wichtige Begriffe gebe: Verantwortung, Transparenz und Konsequenz. Diese drei Begriffe seien in den im

Konsens gefunden Maßnahmen wiederzufinden. Es falle ihm fast schwer, die Unterschiede zwischen der Opposition und der Koalition aufzuzeigen. Es gebe sie beim Thema Finanzmarkttransaktionssteuer und bei der Einschätzung, inwieweit auch Themen wie Einkommensverteilung oder unterschiedliche Steuerlasten innerhalb Europas zur Verstärkung von Ungleichgewichten führten. Die Opposition habe den Eindruck, dass die Wechselwirkungen zu den Bereichen außerhalb des Finanzwesens stärker beachtet werden müssten. Intensiv beschäftigt hätte die Projektgruppe das Thema Rating, da die Ratingagenturen nicht in der Lage gewesen seien, die komplexen Marktstrukturen tatsächlich bewerten zu können. Dies habe vor allem an den teilweise sehr komplexen Produkten gelegen, an die selbst herangegangen werden müsste. Eine andere wichtige Frage sei der Umgang der Ratingagenturen mit ihrem politischen Einfluss. Außerdem seien Trennbanken eine notwendige Voraussetzung, eine Restrukturierung oder Abwicklung desolater Banken zu ermöglichen. Zu diesen Punkten müssten noch Debatten geführt werden, und zwar nicht zwischen Opposition und Koalition, sondern innerhalb Europas, wo es auch unter den Experten unterschiedliche Ansichten gebe.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stellt fest, dass es zu diesem Kapitel keine weiteren Wortmeldungen gebe und ruft das Kapitel 3 des Berichts auf, das sich mit dem Thema Finanzpolitik befasse.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen spricht erneut für die Fraktion der CDU/CSU und erläutert, dass die Einleitung, der Analyseteil und Teile der Empfehlungen einhellig beschlossen worden seien. Andere Teile hinsichtlich der Frage, wie in der Zukunft reagiert werden solle, seien kontrovers geblieben. Die Opposition habe großen Wert auf Steuererhöhungen gelegt, während die Koalition eine Wachstumsstrategie für sinnvoller erachte. Ein Blick auf die Verschuldungskrise in Südeuropa habe gezeigt, dass eine zukunftsfähige Finanzpolitik eine große Bedeutung für eine nachhaltige, langfristige Entwicklung einer Volkswirtschaft hätte. Deutschland sollte in den kommenden Jahren nicht nur die aufgelaufenen expliziten Staatsschulden verringern, die derzeit bei gut 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lägen, sondern auch das Problem der impliziten Verschuldung angehen, die sich primär aus den Versorgungsansprüchen der Menschen ergeben, die sich im Ruhestand befänden. Die durch die demografiebedingten Anpassungslasten verursachte Tragfähigkeitslücke betrage gegenwärtig rund 90 Milliarden Euro, die jedes Jahr zusätzlich eingespart werden müssten. Laut dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung drohe ohne eine

frühzeitige Anpassung die Überschuldung oder der Zusammenbruch des Rentensystems. Die Frage sei nun, mit welchen Maßnahmen diesen Herausforderungen begegnet werden könne. Weitgehend einhellig sei der Projektgruppe der Meinung gewesen, dass der bestehende Rechtsrahmen aus der deutschen Schuldenbremse, dem reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt und dem Fiskalpakt auf europäischer Ebene unbedingt einzuhalten sei und nicht aufgeweicht werden dürfe. Dieser Rechtsrahmen würde es im Prinzip erlauben, die Konsolidierung der Staatsfinanzen weiter voranzutreiben. Aus Sicht der Koalition seien darüber hinaus zusätzliche Maßnahmen zur Begrenzung der demografiebedingten impliziten Verschuldung zu ergreifen, was insbesondere das Renteneintrittsalter betreffe. Weder sollte es eine Rücknahme der Obergrenze von 67 Jahren geben noch sollte angesichts der steigenden Lebenserwartung eine weitere Anhebung dieser Grenze langfristig ausgeschlossen werden. Anzustreben sei auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die Reduzierung der Erwerbslosigkeit und die Zuwanderung insbesondere qualifizierter Arbeitskräfte. Ein ökologisch und sozial verträgliches Wachstum könnte helfen, die Verschuldung leichter abzubauen und die demografiebedingten Belastungen der Sozialversicherungen abzufedern. Aus Koalitionssicht seien für ein langfristiges, nachhaltiges Wachstum drei Faktoren wichtig: Unternehmensinvestitionen, Humankapitalinvestitionen, also Bildung und Ausbildung, sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung. Dabei gehe es der Koalition nicht - wie häufig vorgeworfen - um ein quantitatives Wachstum, sondern um ein qualitatives Wachstum, das heißt mehr Bildung für bessere Arbeit und Einkommensmöglichkeiten, was dann zu mehr Wachstum führen würde. Die Opposition habe letztlich die gleiche Strategie, nenne es dann aber etwas verschämt eben nicht Wachstumsstrategie. Als Fazit halte er fest, dass sich die deutsche Finanzpolitik zumindest auf einem guten Weg befände.

SV PD Dr. Norbert Reuter spricht für die Fraktion DIE LINKE. und bekräftigt, dass der Großteil des Berichtsteils zur Finanzpolitik aus einem Konsens bestehe. Dies treffe insbesondere hinsichtlich der Analyse zu, dass es eine erhebliche Kluft zwischen den Einnahmen und den Ausgaben der öffentlichen Haushalte gebe. Allein auf kommunaler Ebene gebe es einen Investitionsrückstau von rund 100 Milliarden Euro. Die Opposition gehe davon aus, dass die öffentlichen Haushalte massiv unterfinanziert seien und es erhebliche Defizite in der Daseinsvorsorge gebe. Die sei primär kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem, und hier würden sich

Opposition und Koalition deutlich unterscheiden. Deutschland habe im internationalen Vergleich eine relativ geringe Steuerquote, die unter dem Durchschnitt innerhalb der Europäischen Union liege. Die Staatsquote, also der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, sei in Deutschland ohne die Sozialversicherungen permanent rückläufig. Im gemeinsamen Berichtstext gebe es zwei Sondervoten zur Rentenproblematik. So bezeichne die SPD in einem Sondervotum eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre erst dann für möglich, wenn die rentennahen Jahrgänge zu mindestens 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt seien. DIE LINKE. gehe in ihrem Sondervotum weiter und kritisiere diese Anhebung des Rentenalters grundsätzlich, weil die demografische Last damit alleine den Beschäftigten und den Rentnerinnen und Rentnern auferlegt und das Problem der Altersarmut dadurch nicht gelöst werde. Darüber hinaus werde in einer auf Kommissionsdrucksache 17(26)98 vorgelegten Ergänzung eines Sondervotums der gesamten Opposition eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre abgelehnt. Ein Teil der Opposition weise in einem weiteren Sondervotum darauf hin, dass die Schuldenbremse auch mit erheblichen Problemen belastet sei, da sie vor allem möglicherweise zu eng gefasst sei, um in konjunkturellen Schwächephase ausreichend gegensteuern zu können. Der nach Punkt 3.6 beginnende Oppositionsteil des Berichts gehe davon aus, dass auch die gestalterischen Handlungsmöglichkeiten des Staates erhalten bleiben und notwendige Zukunftsinvestitionen möglich sein müssten. Dabei gebe es natürlich auch Kürzungsmöglichkeiten wie etwa bei Subventionen, die aber bei weitem nicht zur Finanzierung der notwendigen Ausgaben ausreichen würden. Deshalb würden Vorschläge zur Verbesserung der Staatseinnahmen und zum Schuldenabbau gemacht, was statt über Wachstum auch über eine andere Verteilung der Vermögen möglich sei. Es müsse auch die Entwicklung der privaten Vermögen in Relation zur Staatsverschuldung betrachtet werden, das heißt dass der Verschuldung immer in gleichem Maße auch hohe Vermögen gegenüberstünden. Deshalb gebe es viele Vorschläge auf der Steuerseite von einer Finanztransaktionssteuer über eine Vermögensbesteuerung bis hin zur Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung. Insgesamt gehe es der Opposition darum, die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte zu verbessern, indem man die Einnahmen des Staates erhöhe.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel führt aus, dass er gerne von der neuen Wirklichkeit spreche, in die wir eingetreten seien. Diese beinhalte auch die Tatsache, dass wir in eine wahrscheinlich lang anhaltende Phase eingetreten



seien, in der es keine realen Zinsen mehr geben würde. Dies betreffe sowohl der Vereinigten Staaten als auch Europa, Japan und viele andere Regionen. Als Folge würde künftig nicht mehr gelten - was wir seit 250 Jahren gewohnt seien -, dass über Geldvermögen Renditen erzielt werden könnten. Die Inflationsraten lägen wesentlich über den Zentralbankzinsen, so dass in Europa Geldvermögen gegenwärtig über einen Zeitraum von 10 Jahren ein Siebtel seines Wertes verlieren würde. Deshalb müsse radikal umgedacht und dürfe nicht mehr so getan werden, als ob Geldvermögen gewissermaßen als eine Gegenposition zu den Staatsschulden betrachtet werden könnte. Dieses Faktum müsse in solche Betrachtungen mit einbezogen werden. In diesen Passagen sei der Bericht bereits jetzt überholt.

SV PD Dr. Norbert Reuter teilt die Aussagen von SV Prof. Miegel in vielen Punkten, doch sehe er einen Denkfehler in dessen Sichtweise. Wenn Vermögen wie beschrieben schrumpfen würden, so würde dies in gleicher Größenordnung auch für die Schulden gelten. Dies könne dann zwar zu einer Entspannung der Situation auf beiden Seiten der Bilanz führen, wobei er selbst aber dafür plädieren würde, etwas nachzuhelfen, indem die Vermögen zur Tilgung der Schulden genutzt würden.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen hält den Berichtstext nicht für überholt und teilt die Analyse von SV Prof. Miegel nicht. Es könne nicht gesagt werden, dass das aktuelle Zinsniveau etwas mit dem langfristigen Zinsniveau zu tun habe, da sich Europa in einer Konjunkturkrise befände, in der die Europäische Zentralbank die Zinsen stark gesenkt hätte. Diese Zinsen lägen weit unterhalb dessen, was man für gleichgewichtig oder nachhaltig halten würde. Dies sei nach geplatzten Schulden- oder Kreditblasen eine beliebte Strategie zur schnelleren Entschuldung von Schuldner. Daraus sei aber jetzt noch keine langfristige Tendenz ablesbar. Die Vermutung langfristig negativer oder sehr geringer Realzinsen basiere auf der Annahme, dass weltweit Bevölkerungen altern und überwiegend entspart würde. Es gebe aber noch große Teile der Weltbevölkerung, die jung seien, ihren Lebensstandard erhöhen und dafür Kapital akkumulieren wollten und müssten. Dies gelte beispielsweise für den ganzen afrikanischen Kontinent.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass die Beschreibung von SV Prof. Miegel zutreffend sei und die Tatsache zu denken geben müsse, dass es auf Grund niedriger Zentralbankzinsen keine Inflation mehr geben werde. Zu den genannten junge Gesellschaften sei ein Blick auf die drohende demografische Entwicklung in China hinsichtlich der Größenordnungen beängstigend.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué glaubt auch, dass eine Zeit niedriger Realzinsen bevor stehen würde, da es weltweit hohe Ersparnisse gebe, denen nicht genügend sichere Anlagemöglichkeiten entgegenstehen würden. Solche Situationen habe es in der Vergangenheit aber durchaus schon gegeben, so etwa in der wilhelminischen Zeit. Wir hätten uns lediglich in den letzten Jahrzehnten an höhere Realzinsen gewöhnt. Auf Dauer negative Zinsen und eine daraus resultierende starke Reduzierung von Vermögen halte er allerdings für eine Fehldiagnose. Es bleibe die Frage, ob der Staat im Falle niedriger Realzinsen eine gezielt expansive Schuldenpolitik betreiben solle, was er für außerordentlich fragwürdig hielte. Stattdessen müsste dann dafür gesorgt werden, dass die Rentabilität der Investitionen im eigenen Land wieder steige und es wirtschaftliches Wachstum gebe.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) weist darauf hin, dass es eine der gemeinsamen Hauptaussagen im finanzpolitischen Teil des Berichtes sei, dass zu ausgeglichenen Haushalten gekommen werden müsse. Bei den dafür notwendigen Wegen gebe es dann Unterschiede, wobei die Opposition sich für eine Stärkung der Einnahmeseite ausspreche. In der heutigen Diskussion sei bisher nicht berücksichtigt worden, dass in diesem Kapitel auch die wichtige Rolle der Sozialversicherungssysteme angesprochen werde. So hätten niedrige Zinsen in den Volkswirtschaften mit kapitalbasierten Alterssicherungssystemen eine dramatische Bedeutung. Vor diesem Hintergrund habe das umlagebasierte Alterssicherungssystem in Deutschland erhebliche Vorteile. Die Opposition wolle dieses umlagebasierte System stabilisieren und darüber hinaus durch ein Bürgerversicherungssystem verstärken.

SV Prof. Dr. Christoph M. Schmidt geht auf die unterschiedlichen Zeitschienen bei der Diskussion über ordnungspolitische Gestaltung ein. Einerseits werde langfristig eine stabile Struktur gewünscht, andererseits könnten kurzfristig anstehende Entscheidungen einen Weg in eine langfristige Situation auch verbauen. Die von SV Dr. Reuter angesprochene Entschuldung durch den Zugriff auf Vermögen hätte negative Folgen für das Verhältnis zwischen Staat und Kreditgebern. Dies sei vielleicht einmal möglich, aber dauerhaft nicht anzuraten. Es müsse vielmehr überlegt werden, wie man langfristig attraktiv für Investoren sein wolle. Dafür müsse man sich auch langfristig an Verträge halten.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft Kapitel 4 des Berichts auf, in dem konkret auf nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Ordnungspolitik am Beispiel der chemischen Industrie eingegangen werde.

Abg. Judith Skudelny (FDP) erläutert, dass die Chemieindustrie ein positives Beispiel innerhalb der deutschen Wirtschaft sei. Dies sei auch daran erkennbar, dass es in der Projektgruppe eine große Gemeinsamkeit in weiten Teilen der Analyse und bei den Handlungsempfehlungen gebe. Die herausgehobene Bedeutung der Chemieindustrie ergebe sich daraus, dass dort die komplette Wertschöpfungskette von der Basischemie bis hin zum Endverbraucher abgebildet werde. Aus diesem Einzelbeispiel könnten aber keine zwingenden Rückschlüsse auf alle Industriearten gezogen werden, da die Chemieindustrie vergleichsweise lokale Emissionen hervorrufe, was mit ordnungspolitischen Maßnahmen gut zu regeln sei. Eine wichtige Handlungsoption sei die Selbstverpflichtung. Umweltverbände würden kritisieren, dass Selbstverpflichtungen nur dort eingeführt worden sei, wo die Chemieindustrie davon ging, sehr wahrscheinlich selbst die Ziele zu erreichen. Das Beispiel BASF zeige aber, dass dem so durchaus nicht sein müsse. BASF habe es geschafft, mit einer hohen Effizienz und Weiterverwendung von Abfallprodukten sehr wirtschaftlich und sehr umweltfreundlich zu arbeiten. Damit konnten jährlich 500 Millionen Euro eingespart und die ökonomische Säule der Nachhaltigkeit beachtet werden. Ökologie und Ökonomie müssten sich also nicht ausschließen. Bei den ordnungspolitischen Maßnahmen sei insbesondere die REACH-Verordnung zur Handhabung von Chemikalien hervorzuheben, die mit ihrer einheitlichen Geltung innerhalb der gesamten Europäischen Union eine sehr hohe Durchschlagskraft habe. Einzelne Differenzen gebe es bei konkreten Handlungsempfehlungen hinsichtlich der Abgrenzung zum europäischen und zum globalen Rahmen. In Europa werde sehr transparent produziert. Für eine Steigerung der Transparenz weltweit, vor allem für global gehandelte Produkte, seien auch globale und nicht nationale Transparenzrichtlinien nötig.

SV Dietmar Hexel spricht für die Fraktion der SPD und geht zunächst darauf ein, dass die Chemieindustrie im Bewusstsein vieler Menschen vermutlich die Industrie sei, die am meisten zur Umweltverschmutzung beitrage, was bei näherer Betrachtung zumindest heute so nicht mehr zuträfe. Sie habe einen Anteil von acht Prozent an der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe, ist der siebtgrößte Arbeitgeber in Deutschland und habe mit 100 Milliarden Euro einen Anteil von zehn Prozent am Warenwert des deutschen Exports. Aus der Entwicklung der chemischen Industrie könne gelernt werden, dass die Begriffe Verursacherprinzip und Kreislaufwirtschaft dort am weitesten diskutiert und umgesetzt worden seien. Grundlage hierfür wäre nicht nur innere Einsicht gewesen, sondern es hätten auch größere Katastrophen dazu

geführt, dass es zu einer öffentlichen Debatte und einem gesellschaftlichen Druck gekommen sei. Der Gesetzgeber habe dann wichtige Rahmenbedingungen geschaffen. Außerdem hätten die Unternehmen auf Innovationen gesetzt und nicht nur eine langsame Anpassung vollzogen. Es müsse gelingen, dass bisherige Denkgebäude verlassen würden, wie industriell produziert und verteilt werde. Ansonsten gebe es nur kleine Effizienz-  
anpassungen und keine grundlegende Umstellung der Produktion mit einem geringeren Naturverbrauch. In der chemischen Industrie sei die Effizienz bereits hoch ausgereizt und die Konsistenz läge durchaus über dem Maßstab der sonstigen Industrie. Die Suffizienz sei aber noch nicht so weit ausgebaut. Vermutlich werde es in Zukunft noch viel mehr Anstrengungen zur Umstellung von der erdölbasierten Industrie auf eine biogene Produktion geben, was allerdings schwierig sei. Klar sei aber auch geworden, dass es zu teuer sei, Erdöl nur zu verbrennen und dass es beispielsweise im pharmazeutischen Bereich besser als Stoffbasis eingesetzt werden könne. Insgesamt könne man von der Entwicklung der Chemieindustrie in den letzten 25 Jahren viel über Nachhaltigkeit lernen.

SV Prof. Dr. André Habisch spricht für die Fraktion der CDU/CSU und stellt heraus, dass dieses Kapitel auch deshalb sehr zu begrüßen sei, weil hier nicht nur wissenschaftlich theoretisch argumentiert werde. Stattdessen geschehe hier etwas, was in Deutschland viel zu wenig gemacht werde, das heißt dass die Wirtschaft und die Unternehmen beobachtet würden. Ein Vorbild dafür sei Großbritannien, wo im Ergebnis Vorreiter einer Entwicklung identifiziert und deren erfolgreichen Ansätze zur Bewältigung von Herausforderungen herausgearbeitet würden. Im Bericht hätte etwa noch die Ökoeffizienzanalyse genannt werden können, die die BASF nicht nur selber umsetze und weiterentwickelt habe, sondern als Produkt auch ihren Kunden anbiete. In der Chemieindustrie seien auch Gewerkschaftler sehr erfolgreich bei ihrer Mitwirkung zur Verbesserung der Situation gewesen. Eine solche vorbildliche Wahrnehmung ordnungspolitischer Mitverantwortung für Gemeinwohlfragen werde in Deutschland öffentlich viel zu wenig diskutiert. Ein wichtiges Thema sei auch die Berichterstattung zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die aufzeige, welche Unternehmen die Nachhaltigkeitsagenda ernst nehmen und entsprechend investieren würden.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind nimmt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stellung und erklärt, dass ihn besonders die einvernehmliche Beurteilung der REACH-Verordnung beeindruckt habe, nachdem dies zur Jahrtausendwende noch anders gewesen sei. Die fraktionsübergreifende

Anerkennung, dass es sich hier um eine hochinnovative Regulierungsform auf der Ebene der Europäischen Union handele, lasse ihn hoffen, dass dies auch positiv wirke in der Weiterentwicklung dieses Rahmens.

SV Dietmar Hexel weist als Antwort auf die Ausführungen von SV Prof. Habisch darauf hin, dass die Ökoeffizienzanalyse der BASF in Fußnote 178 zu finden sei. Eine unterschiedliche Bewertung habe es zum Drei-Säulen-Modell der Chemischen Industrie gegeben hinsichtlich des Gleichrangs der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit. Bei einer Betrachtung der neuen Wirklichkeit sei das Schalenmodell mit Betonung der übergreifenden Umweltgrenzen sachgerechter.

Abg. Judith Skudelny (FDP) ergänzt, dass bei den lokalen Emissionen in Boden, Luft und Wasser die Akzeptanz der Maßnahmen auf Grund der Einsicht in die unmittelbare Notwendigkeit leichter zu erreichen gewesen sei als bei globalen Klimaschutzmaßnahmen. Dieser Handlungsdruck habe auch bewirkt, dass in Deutschland in einem sehr verdichteten Raum die Maßnahmen mit sehr viel Anstrengungen umgesetzt worden seien. REACH werde tatsächlich mittlerweile übergreifend als ein Erfolgsrezept angesehen. Sie betont, dass dabei auch die weiße Gentechnik mit erwähnt würde und bedankt sich für diese mittlerweile differenzierte Betrachtung von Gentechnik, was ein Beispiel für die differenzierte Betrachtungsweise und die gefundenen Kompromisse in diesem Kapitel sei.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft Kapitel 5 mit dem Titel „Ordnungspolitische Rahmenbedingungen für eine unilaterale Vorbildrolle Deutschlands und Europas bei der Minderung von Treibhausgasemissionen“ auf.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge spricht für die Fraktion der CDU/CSU und stellt fest, dass auch bei diesem Kapitel in sehr großen Teilen ein gemeinsames Dokument habe erstellt werden können. Für diese konstruktive Zusammenarbeit bedankt er sich bei allen Beteiligten in der Projektgruppe sehr herzlich. Er erinnert daran, dass die Projektgruppe 3 herausgestellt habe, dass es einer letztlich supranationalen Kooperation und Pionierländer bedürfe. Als Element einer Pionierstrategie sei für Deutschland eine Vorbildrolle bezeichnet worden, also die Durchsetzung von Minderungen der Treibhausgasemissionen auf eigenem Territorium als Mittel, das eigentliche Ziel einer Vereinbarung auf globaler Ebene zu erreichen. Die Projektgruppe 4 habe nun diese Vorbildrolle im engeren Sinne näher betrachtet hinsichtlich der Umsetzung mit geeigneten ordnungspolitischen Instrumenten, die an Hand von

fünf Prinzipien bewertet werden sollten. Drei davon, die Themen Leakage, Grenzvermeidungskosten und Rebound-Effekt, ergäben sich aus der Arbeit der Projektgruppe 3. Darüber hinaus sei thematisiert worden, inwieweit Ordnungspolitik Innovationen langfristig unterstützen könne und wie der Staat zusätzliche auf Umweltmaßnahmen basierende Einnahmen verwende. Als ein wesentliches Ergebnis werde dann versucht, zwischen zwei ordnungspolitischen Ansätzen zu unterscheiden: zum einen dem globalen Cap-and-Trade System, das technologieneutral auf die Gesamtheit aller Treibhausgase ausgerichtet und sehr effizient sei, und zum anderen die territorial begrenzte Förderung einzelner Klimaschutztechnologien, die aus seiner Sicht die Nachteile einer inhärenten Ineffizienz auf Grund zu hoher Grenzvermeidungskosten sowie des nicht auszuschließenden Rebound-Effektes hätten. Laut der gemeinsamen Einschätzung in der Projektgruppe hätten beide Ansätze Vor- und Nachteile, so dass es auf eine geeignete Verbindung dieser Ansätze ankomme. Der bestehende Ordnungsrahmen für Klimaschutz in Deutschland und Europa sei sehr vielfältig, unsystematisch und inkohärent. Vor diesem Hintergrund werde die Aufarbeitung und systematische Verbesserung des Ordnungsrahmens in der nächsten Legislaturperiode empfohlen. Dissens gebe es in den Fragen, wie anspruchsvoll und wie unbedingt eine eigene Vorbildrolle in Deutschland formuliert werden sollte sowie hinsichtlich der Bewertung der Ineffizienz technologie-spezifischer Einzelförderung. Diese Ineffizienz werde von Teilen der Projektgruppe als sehr bedeutsam bewertet, während andere der Meinung seien, sie sei für die sinnvolle Erreichung übergreifender Ziele in Kauf zu nehmen.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und betont die große Übereinstimmung, dass der Klimawandel eine der Schlüsselherausforderungen des 21. Jahrhunderts sei und dass Deutschland und Europa bei der Bewältigung eine Führungsrolle einnehmen sollten. Beim Emissionshandel gebe es Defizite wie etwa den Preisverfall, so dass die Instrumente besser aufeinander abgestimmt werden müssten. Es gebe Unterschiede bei der Bewertung der Kriterien: Während die Koalitionsvertreter sich auf die ökonomische Effizienz konzentrierten, würden die Oppositionsvertreter ein breiteres Spektrum von Evaluationskriterien anwenden. Außerdem werde auch die Bedeutung der Handlungsebenen unterschiedlich eingeschätzt. Aus seiner Sicht seien nicht nur die europäische und globale Ebene wichtig, sondern alle Ebenen. So erfahre im Moment in Europa die unterste, die kommunale Ebene eine enorme Dynamisierung. Ein Viertel Deutschlands würde bereits aus 100 Prozent-Erneuerbare-Energien-Regionen

bestehen. Die positive Entwicklung in der Europäischen Union bei der Reduzierung der Treibhausgase sei trotzdem noch nicht genug zur Erreichung der hochgesteckten Ziele. Abschließend bedankt er sich für den insgesamt sehr fairen Umgang innerhalb der Projektgruppe.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass sich die Opposition mit ihren Sondervoten auf nationale Maßnahmen mit sehr detaillierten Vorschlägen konzentriere. Denn jenseits aller theoretischen Debatten müsse die enorme Signalwirkung gesehen werden, die weltweit von Deutschland ausgehe. Natürlich müssten auf jeder Ebene gleichzeitig unterschiedliche Maßnahmen vorangetrieben werden, die sich im besten Fall gegenseitig ergänzten. Die Koalition nehme an, mit europäischen oder noch besser globalen Obergrenzen für Emissionen würde sich alles regeln. Für die Opposition seien aber auch internationale Regelungen von nationalen Regelungen abhängig, da keine Regierung auf europäischer Ebene fortschrittlicher sein werde als auf nationaler Ebene. Deshalb sei die Umsetzung nationaler Maßnahmen auch sehr wichtig für die europäische Gesetzgebung.

Abg. Judith Skudelny (FDP) erläutert, dass Koalition und Opposition vor allem die Übersetzungsleistung von nationalen Maßnahmen in eine globale Wirkung unterschiedlich beurteilen würden. Eine solche Übersetzungsleistung sei bisher noch nicht sichtbar. Die internationalen Klimaverhandlungen würden immer schwieriger und man müsse sich überlegen, worauf man sich konzentriere. Die nationalen Leistungen in Deutschland seien nicht innerhalb Europas und noch weniger global abgestimmt. Sie stimmt SV Prof. Jänicke hinsichtlich des Preisverfalls beim Emissionshandel zu, was ihrer Meinung nach auch an der fehlenden Abstimmung der einzelnen Maßnahmen gelegen habe, wenn in Deutschland auf Grund der Förderung erneuerbarer Energien die CO<sup>2</sup>-Emissionen und damit die Preise sinken würden. Die Koalition gebe der finanziellen Förderung des Emissionshandels den Vorrang vor der Förderung einzelner lokal und auf bestimmte Technologien beschränkter Maßnahmen. Die Ziele müssten politisch festgesetzt werden, die Umsetzung solle aber freier als bisher gestaltet werden. Die Definition für die genannten 100 Prozent-Erneuerbare-Energien-Regionen in Deutschland sei, dass dort absolut im Jahresvolumen mehr Strom erzeugt als verbraucht werde. Dort würden aber nicht die eigentlichen Probleme der Energiewende gelöst wie etwa die schubweise Stromerzeugung, die teilweise nicht abgenommen werden könne, die Speicherung und eine unzureichende Energieeffizienz. Für die Übernahme

einer nachahmbaren Pionierrolle reiche es nicht, einseitig nur ökologische Teilaspekte zu sehen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) geht auf die gemeinsamen Feststellungen im Bericht ein, dass natürlich nationale, europäische und internationale Vereinbarungen sinnvoll seien. Die entscheidende Frage sei dabei immer, wer das Tempo bestimme. Internationale Vereinbarungen würden zu mehr als drei Viertel auf nationale Regulierungen zurückgehen. Deshalb gehe es darum, in welchem Umfang Deutschland eine Vorreiterrolle oder Pionierrolle übernehmen könne und wie dann daraus international verbindliche Regelungen erreicht werden könnten. Die Erfahrung zeige, dass Deutschland mit nationalen Regelungen das Tempo beschleunigt und Entwicklungen bei der Nutzung regenerativer Energien sowie der Akzeptanz der wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Bedeutung des Klimawandels vorangetrieben habe. Für den Aufbau von verlässlicher Infrastruktur für erneuerbare Energien seien im Übrigen längerfristige Rahmenregelungen notwendig.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) schließt die Diskussion und erläutert, dass zunächst über die einzelnen Kapitel und dann über den gesamten Bericht abgestimmt werde. Dabei liege der Wunsch der Opposition vor, Kapitel 3.5 einzeln abzustimmen, zu dem es keinen Widerspruch gebe.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) weist auf den Konsens in der Projektgruppe hin, dass die Sondervoten in allen anderen Bereichen Bestandteil des Berichtes seien.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft die Abstimmungen auf und erinnert daran, dass über das nachgereichte Kapitel 1 erst im April abgestimmt werde. Dann stellt sie Kapitel 2 zur Abstimmung.

Das *Kapitel 2* wird einstimmig beschlossen.

Sodann ruft sie *Kapitel 3* auf, bei dem auf Kommissionsdrucksache 17(26)98 noch eine Ergänzung zu einem bereits enthaltenen Sondervotum eingefügt werden solle, und führt die angekündigte Abstimmung über Kapitel 3.5 durch.

Kapitel 3.5 und 3.6 werden mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen.

Das im Berichtsentwurf zu Kapitel 3.5 und 3.6 enthaltene Sondervotum der Fraktionen der SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Sachverständigen Dietmar Hexel, Prof. Dr. Martin Jänicke, PD Dr. Norbert



Reuter wird aufrecht erhalten und soll als solches einschließlich der Änderung auf Kommissionsdrucksache 17(26)98 Eingang in den Bericht finden.

Anschließend lässt die Vorsitzende über Kapitel 3.1 bis 3.4 abstimmen.

Kapitel 3.1 bis 3.4 (einschließlich der Aufnahme des Sondervotums der Fraktion DIE LINKE.) werden einstimmig angenommen.

Anschließend ruft sie das *Kapitel 4* auf und führt die Abstimmung durch.

Das Kapitel 4 wird einstimmig beschlossen.

Sodann ruft sie *Kapitel 5* auf und lässt darüber abstimmen.

Das Kapitel 5 wird ohne Gegenstimmen bei vier Enthaltungen beschlossen.

Abschließend ruft sie die Abstimmung über den gesamten bisher vorliegenden Berichtsentwurf ohne Kapitel 1 auf und führt die Abstimmung durch.

Der Berichtsentwurf wird einstimmig beschlossen.

Die Kommission ermächtigt das Sekretariat, redaktionelle Anpassungen und Aktualisierungen bis zur Vorlage der endgültigen Berichtsfassung vornehmen zu dürfen.

## **Tagesordnungspunkt 2**

Beratung und Beschluss über die Drucksache „Ideengeschichte des Fortschritts“  
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)50 neu

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) erläutert, dass dieser Tagesordnungspunkt schon eine längere Geschichte habe. Die ‚Ideengeschichte des Fortschritts‘ sei bereits in einer der ersten Kommissionssitzungen diskutiert worden, bei der sie SV Müller und Abg. Dr. Zimmer gebeten hätte, ihre Vorträge zu einem gemeinsamen Papier zusammenzufassen. Dieses dann bereits vor längerer Zeit erstellte Papier sei in der Zwischenzeit überarbeitet worden und liege heute als Kommissionsdrucksache 17(26)50 neu vor. Sie bittet SV Müller um eine Einführung.

SV Michael Müller führt aus, dass es beim Thema Wachstum wichtig sei, wieder politisch zu werden, das heißt Zusammenhänge zu begreifen, zu deuten und Orientierung zu geben. Dies gehe es nur vordergründig um das Thema Wachstum, sondern im Kern um die Frage, ob in einer radikal veränderten Welt die alten Antworten noch stimmen würden und ob die Gedankenannahmen, die sich seit der Zeit der Renaissance – und durch die Vorprägung der Reformation und der Aufklärung - in Europa und dann weltweit immer mehr verdichtet hätten, einfach noch weitergelten würden oder nicht. Dazu sei im vorliegenden Papier eine Reihe von Fragen aufgearbeitet. Er und Abg. Dr. Zimmer hätten damit einen theoretischen Rahmen für die Einzelkapitel zur Einordnung in längerfristige Traditionen geben wollen. Die moderne Gesellschaft basiere auf zwei Säulen: einerseits die die technisch-ökonomische Dynamik, die die Gestaltungsfähigkeit einer Gesellschaft hervorrufe, und andererseits die sozial-kulturelle Dimension, die die Gestaltungsfähigkeit nutze und sie fortentwickle. Nur bei einem Gleichgewicht zwischen diesen beiden Ebene gebe es eine Fortentwicklung der Moderne. Heute sei festzustellen, dass die sozial-kulturelle Seite hinter der technisch-ökonomischen Seite zurückbleibe und nicht die angemessenen Antworten auf eine globalisierte und digitalisierte Welt geben würde. Er und Abg. Dr. Zimmer hätten den Vorschlag gemacht, dass dies ein gemeinsamer Namensbeitrag beider Kommissionsmitglieder sein solle, dem sich weitere Kommissionsmitglieder gerne anschließend könnten.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand bewertet das Papier als einen weitgehend gelungenen Text, in dem SV Müller und Abg. Dr. Zimmer sich trauen würden, diese großen und wichtigen Fragen zu stellen. Es sei zwar viel zu wenig Zeit, diese Fragen zu präzisieren. Er halte aber zwei Punkte für problematisch:

zum einen sei es nur die halbe Geschichte von Emanzipation und Aufklärung, weil eine frauenpolitische, feministische Perspektive fehle. Für das Fehlen einer solchen Perspektive sei die Enquete-Kommission von Anfang an kritisiert worden, was auch ihn ärgere. Obwohl diese Perspektive mittlerweile vielfach angesprochen worden sei, fehle sie leider in einem vielleicht jetzt so zentralen Dokument. Zum anderen gebe es im Kapitel „Der Aufstieg zur Legitimationsideologie im Kapitalismus und Marxismus“ eine Denunziation des Marxismus, der ein relativ komplexes Denkgebäude sei. Stattdessen sollte man „Realsozialismus“ oder „Stalinismus“ schreiben.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) erläutert, dass sich die Koalition darauf verständigt habe, dieses Papier als Namensbeitrag zu werten und auch so bei den Quellen zum Kapitel 1 einzubauen. Deshalb müsse darüber auch nicht abgestimmt werden. Er schlägt vor, so zu verfahren und keine große Debatte zu diesem Thema zu führen.

SV Michael Müller ergänzt, dass zur unvollendeten Moderne natürlich auch die Geschlechterfrage gehöre und das implizit mit darin enthalten sei. Er sei bereit, dazu noch etwas konkreter in das Papier aufzunehmen und auch eine Differenzierung zum Marxismus zu machen. Allerdings käme man nicht daran vorbei, dass bei aller Wertschätzung des Marxismus als gedanklichem Modell nicht nur der Marxismus, sondern vor allem die Anhänger des Marxismus verhängnisvolle Fehlentwicklungen der Geschichte mit zu verantworten hätten.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué knüpft an die Ausführungen von Abg. Dr. Nüßlein an und hält eine ausführliche Diskussion an dieser Stelle ebenfalls für nicht nötig. Würde dies aber in irgendeiner Form darüber hinaus gehen, hätte er massive Bedenken, dieses Papier mit zu tragen, was er auch in einer Stellungnahme auf der vorliegenden Kommissionsdrucksache 17(26)96 aufgeschrieben habe.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) bittet SV Prof. Paqué, auf Grund der fortgeschrittenen Zeit nicht detailliert auf die Einzelheiten seiner Bedenken einzugehen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué stimmt zu, verweist auf sein verteiltes Papier und bittet festzuhalten, dass das Papier von SV Müller und Abg. Dr. Zimmer wie von Abg. Dr. Nüßlein vorgeschlagen tatsächlich bei den Quellen und Materialien aufgenommen werde und keinen höheren Status in der Kommission bekomme.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) erklärt, dass er die fehlende Unterstützung von SV Prof. Paqué mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen habe. Es sei auch ein Unikum, dass sich eine Enquete-Kommission leiste, so tief in die Ideengeschichte einzusteigen und über die Bedingungen der Paradigmen unseres gegenwärtigen Handelns und deren Entstehungsgeschichte nachzudenken. Er glaube, dass dieses Papier Ambivalenzen des Fortschrittsbegriffs, wie er aus der Aufklärung gekommen sei, sowie die Gegenbewegung in Form der Romantik sehr deutlich mache. Das Papier könne einen Rahmen setzen, die unterschiedlichen Formen dessen, was unter Wachstum verstanden werde, in ein größeres Ganzes erklärend einzubinden. Er sei ausgesprochen dankbar für die Lösung, das Papier als Namensartikel in den Berichtszusammenhang der Projektgruppe 1 zu platzieren.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) kritisiert, dass nachdem SV Prof. Paqué keine Gelegenheit gegeben werde, seine erwähnte Kritik an diesem Papier darzustellen, auch nicht nötig sei, den Verfassern des Papiers und anderen noch einmal die Gelegenheit zu geben, auf das Papier einzugehen. Während das Papier von SV Müller und Abg. Dr. Zimmer schon lange vorgelegen habe und von allen Kommissionsmitgliedern eingehend hätte gelesen werden können, wäre es eher interessant, die heute vorgelegten Kritikpunkte von SV Prof. Paqué mit einem anderen Blickwinkel zu erörtern. Entweder sollte es keine inhaltliche Diskussion geben oder eine gleichberechtigte Diskussion geführt werden.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) unterstützt den Vorschlag von Abg. Dr. Nüßlein, den Text von SV Müller und Abg. Dr. Zimmer mit der Einbettung der Themen Wachstum und Fortschritt in den ideengeschichtlichen Kontext als Teil des Berichts der Projektgruppe 1 aufzunehmen. Mit dieser Aufnahme als Namensbeitrag erübrige sich dann auch eine Abstimmung darüber.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass in den Medien oft geschrieben werde, die Enquete-Kommission sei ihrem Anspruch nicht gerecht geworden. Der Text von SV Müller und Abg. Dr. Zimmer sei - trotz mancher wie vom SV Prof. Brand beschriebener Mängel - ein gelungenes Gegenbeispiel, zu dem er im Namen seiner Fraktion beiden Autoren herzlich gratuliere.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) versucht, mit einem Missverständnis aufzuräumen. Es habe eine Einigung darauf gegeben, dass das Papier nicht Teil des Berichts der Projektgruppe 1 werde, sondern eine Quelle sei, die

hinten angehängt werde, und darauf werde auch bestanden. Er begründet dies vom Verfahren her, dass hier einige Mitglieder ohne die Beteiligung aller Fraktionen zusammen ein Papier verfasst hätten, was sicher interessant sei und als Quelle aufgenommen werden könne. Er hielte es aber für einen Fehler, das Papier als Berichtsteil aufzunehmen, weil nicht alle Fraktionen die Gelegenheit zur Mitwirkung gehabt hätten.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) erläutert, dass sie eine Mitverantwortung dafür trage, dass das Papier existiere, weil sie die beiden Kommissionsmitglieder in einer gemeinsamen Sitzung um die Erarbeitung dieses Papiers gebeten habe. Zum Verfahren erläutert sie die Einigung, dieses Papier als Namensartikel unter Quellen im Bereich der Projektgruppe 1 aufzunehmen. Andere Mitglieder der Kommission seien eingeladen, sich anzuschließen.

SV Michael Müller ergänzt, dass er und Abg. Dr. Zimmer dem vorgeschlagenen Verfahren zustimmen würden, aber das Papier könnte natürlich auch als Sondervotum deklariert werden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) beendet die Debatte und fragt, ob entsprechend dem Vorschlag von Abg. Dr. Nüßlein verfahren werden könne. Hier gibt es keinen Widerspruch.

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### Berichte aus den Projektgruppen

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft die Berichte aus den noch tagenden Projektgruppen 2 und 5 auf.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) berichtet als Vorsitzende der Projektgruppe 2, dass sich die Projektgruppe heute mit der ausgeschriebenen Namensfindung und der grafischen Darstellung des Wohlstandsindikatoren-satzes beschäftigt und ein erstes vielversprechendes Gespräch mit der ausgewählten Agentur geführt habe.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) berichtet als Vorsitzende der Projektgruppe 5, dass es die Projektgruppe in zwei Sitzungen am gestrigen Sonntagabend und heute Vormittag geschafft habe, ihren Bericht so weit abzustimmen, dass er im großen Konsens verabschiedet worden sei. Es stünden lediglich einige kleine Nacharbeiten an. Der Bericht werde zeitgerecht fertig und dann in der Kommissionssitzung am nächsten Montag vorgestellt werden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) erläutert, dass mögliche Änderungsanträge zum Bericht der Projektgruppe 5, der diesen Mittwoch fertig gestellt und verteilt werde, von Mitgliedern anderer Projektgruppen möglichst zeitnah eingebracht werden sollten, damit die Projektgruppe 5 darauf gegebenenfalls noch eingehen könne.

**Tagesordnungspunkt 4**

Verschiedenes

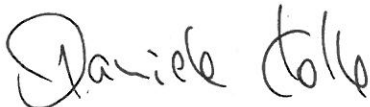
Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ruft den Tagesordnungspunkt 4 auf, zu dem es keine Wortmeldungen gibt.

Sie weist die Zuschauer außerdem darauf hin, dass jetzt in einer Viertelstunde der Internetchat zum heute diskutierten Bericht der Projektgruppe 4 stattfindet, und lädt zur Teilnahme ein.

Sie schließt die Sitzung um 16:13 Uhr.

**Schluss der Sitzung: 16:13 Uhr**

Gä/Hae/Up/Wa



Daniela Kolbe, MdB  
**Vorsitzende**